

Pressemitteilung

Katholikenrat der Region Heinsberg lud zu Kandidatenfrühstück ein – Wie stehen die Politiker zu bestimmten Themen?

Der Katholikenrat der Region Heinsberg wendet sich immer wieder – vor allem vor Wahlen – an die politischen Parteien, um seine Anliegen deutlich zu machen. Da nun unmittelbar die vorgezogene Bundestagswahl ansteht, lud er die Kandidaten der im Bundestag vertretenden demokratischen Parteien aus dem Kreis Heinsberg ein, um bei einem „Kandidatenfrühstück“ im St. Aloysius-Zentrum in Oberbruch gemeinsam ins Gespräch zu kommen. Zu Beginn machte der Vorsitzende Lutz Braunöhler deutlich, dass der Katholikenrat eine bewusste Vorauswahl für die Einladung der Kandidatin/Kandidaten getroffen und die AfD konsequent ausgeschlossen habe, da sie nach seinem katholisch-diakonischen Selbstverständnis nicht als demokratische Partei zu betrachten sei.

Der Einladung folgten Bundestagsabgeordneter Wilfried Oellers (CDU), Christoph Nießen (SPD), Inga Maria Menzel (Die Grünen) und Dr. Klaus Wagner (FDP). Sie sollten – so wie es in der Einladung stand – Stellung beziehen zu den Themen „Gerechte und menschenwürdige Arbeit“, „Frieden und Gerechtigkeit“ und „Bewahrung der Schöpfung“. Wegen der Komplexität der ersten beiden Themen, musste das letzte Thema angesichts der fortgeschrittenen Zeit entfallen. Den Standpunkt des Katholikenrats zu „Gerechter und menschenwürdiger Arbeit“ verdeutlichte Johannes Eschweiler. Seine Kernaussage ging davon aus, dass Arbeit Vorrang vor Kapital haben müsse und jegliches wirtschaftliche Agieren dem Menschen dienen solle. Er wollte deshalb von den Politikern wissen, ob die Beschäftigungsprogramme bzw. -förderungen für die immer größere Personengruppe, die den Anforderungen des Erwerbsarbeitsmarktes nicht genügen, zurückgefahren bzw. ganz gestrichen werden. Zudem wollte Eschweiler von den Kandidaten wissen, wie ihr Standpunkt zum Bürgergeld für Langzeitarbeitslose sei und ob sie eine Erhöhung des Mindestlohns befürworten. Abschließend bat er die Kandidaten um ihre Ideen, wie die „ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse“ bei osteuropäischen Pflegekräften legalisiert werden können.

Zum Stichwort Bürgergeld gab es unterschiedliche Meinungen seitens der Politiker. Inga Maria Menzel sprach sich für eine Beibehaltung vor dem Hintergrund aus, dass viele Bürgergeldbezieher, darunter auch viele Alleinerziehende, faktisch mit dem Existenzminimum leben würden. In dem Zusammenhang gab sie zu bedenken, dass sie selber als Erzieherin wie viele andere ihrer Mitmenschen auch in Zukunft beim Renteneintritt Bürgergeldbezieher werden könne. Dr. Klaus Wagner plädierte dafür, die Ausgaben des Sozialstaats insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. „Ich glaube, in einigen Bereichen sind wir beim Bürgergeld zu weit gegangen“, sagte er. Dies sah Wilfried Oellers ähnlich und verwies auf die Mitwirkungspflichten und die Möglichkeit der Sanktionierung bei Bürgergeldbeziehern, die sich ihrer sozialen Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit entziehen, wobei er sich aber für eine konkrete Einzelfallprüfung aussprach. Dem widersprach Christoph Nießen. Statt Sanktionen sei es besser, positiv zu verstärken, erklärte er. Die meisten Bürgergeldbezieher würden arbeiten wollen und das System nicht ausnutzen. Ziel müsse

sein – da waren sich alle Beteiligten einig – Menschen möglichst schnell wieder in Arbeit zu bringen und ihnen zur Verwirklichung dieses Ziels im sozialen System Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Bei der Frage nach Erhöhung des Mindestlohns sprach sich Oellers dafür aus, hier nicht unbedingt gesetzlich einzugreifen, sondern dies der Mindestlohnkommission zu überlassen. Nießen stellte heraus, dass die Festlegung eines Mindestlohns nicht erforderlich sei, wenn es gute und verlässliche Tarifbindungen gäbe. So aber plädierte er für eine Erhöhung auf 15 Euro in der Stunde. Am Rande gab es weitere Vorschläge zur Finanzierung der Leistungen des Staates unter anderem durch eine Vermögenssteuer bei reichen Millionären, eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen aus Aktien sowie eine Besteuerung von Erträgen aus Kryptowährungen (Nießen), eine Entlastung der mittleren Einkommen durch Senkung der Abgaben und Steuern sowie eine höhere Besteuerung der Vielverdiener (Oellers), eine höhere Steuer auf Luxusgüter und eine Einbeziehung von Einkünften aus Vermögen in die Einkommenssteuer (Dr. Wagner). Wagner und Oellers waren sich auch einig darin, dass die Wirtschaft stabilisiert werden müsse, um das soziale Leistungssystem dauerhaft zu finanzieren. Beim Thema „ausbeuterische Arbeitsverhältnisse bei osteuropäischen Pflegekräften“ gingen die Meinungen der Politiker nicht weit auseinander und sie stufte diese schon nach bestehendem Recht als „illegal“ ein. Sie erklärten die hohe Zahl dieser illegalen Arbeitsverhältnisse mit den hohen Kosten für die Pflege und forderten einen Pflegekostendeckel für die Angehörigen der zu pflegenden Personen.

Bruno Bürger griff dann das Thema „Frieden und Gerechtigkeit“ auf, indem er den Politikern die dazu vorformulierten Fragen stellte. Er wollte wissen, wie ihre Meinung in der derzeitigen Migrationsdebatte sei, für welche konkreten Maßnahmen sie sich in der Friedenssicherung einsetzen und ob es strengerer Kontrollgesetze bei den Rüstungsexporten bedürfe. Hier waren die Antworten ähnlich. Der grundsätzliche Tenor war, dass, wer den Asylstatus nicht erfüllt und wer schwere Straftaten begeht bzw. sich nicht an Recht und Ordnung hält, wieder ausgewiesen werden sollte. Inga Maria Menzel schränkte jedoch ein, jeden aufnehmen zu wollen, der aus Ländern, in denen Krieg und Unrecht herrscht, fliehe, wobei Wilfried Oellers feststellte, dass Deutschland an seine Grenzen gekommen sei und deshalb die weitere Zuwanderung gesteuert werden müsse. Den Einsatz von Waffen in der Ukraine und die Unterstützung des Landes im Krieg befürworteten alle Politiker, wobei Dr. Wagner sich noch wünschte, dass die internationalen Diplomatiebemühungen zur Lösung des Konflikts stärker werden. Dagegen sahen sich die Kandidaten aufgrund der Komplexität beim Krieg in Gaza und Israel nicht in der Lage, konkret Stellung für eine Seite zu beziehen. Klar sprachen sich Oellers, Dr. Wagner und Nießen für eine Regulierung von Waffenexporten und für eine Investition in die Bundeswehr für ihre Verteidigungsfähigkeit aus. Menzel hingegen bekannte, weniger von einer staatlichen Kontrolle der Waffenexporte zu halten. Sie plädierte stattdessen dafür gar keine Waffen zu exportieren, sah aber auch, dass die Bundeswehr zur Gewährleistung ihrer Aufgabe zur Friedenssicherung leistungsfähig ausgebaut werden müsse.

Text: Eva Weingärtner

BU: Bundestagsabgeordneter Wilfried Oellers, Dr. Klaus Wagner, Katholikenratsvorsitzender Lutz Braunöhler, Inga Maria Menzel, Johannes Eschweiler und Bruno Bürger vom Katholikenrat sowie Christoph Nießen (v. l.) nahmen am Kandidatenfrühstück teil. Foto: Eva Weingärtner